

Krieg und Volkswirtschaft.

Die wissenschaftliche Literatur hatte sich in den letzten Jahren wiederholt mit dem Thema „Krieg und Volkswirtschaft“ beschäftigt. Wir erinnern beispielsweise an die wirtschaftsgeschichtliche Arbeit von Sombart über „Krieg und Kapitalismus“, an mancherlei Schriften über Rüstungs- und Kriegsbedarf, an Rießers Arbeiten über finanzielle Kriegsbereitschaft, an Blausteins Vorschlag, eine Studiengesellschaft für Kriegswissenschaft zu gründen, die wirtschaftlichen Problemen besondere Aufmerksamkeit zu schenken hätte, an des russischen Staatsrates v. Bloch Untersuchungen über den Krieg usw.

Aus der Kriegslage erwachsen ja in der Tat in volkswirtschaftlicher Hinsicht zahlreiche und große Schwierigkeiten, Beängstigungen, Befürchtungen, es melden sich eine Reihe ernster Probleme, es müssen neue Wege gesucht werden, um die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben zu sichern; schließlich ergeben sich aus wirtschaftlichen Anforderungen zur Kriegszeit aber auch mancherlei Lehren, die theoretisch und praktisch für die zukünftige Friedenszeit von nicht geringer, zum Teil von entscheidender Bedeutung sind.

I. Beginnen wir mit den Schwierigkeiten, welche der gegenwärtige Krieg tatsächlich hervorrief, deren Eintreten wenigstens befürchtet, von den feindlichen Mächten gewünscht wurde.

Vielen Unternehmungen schienen in der Tat die Vorbedingungen der Produktion und damit ihres Fortbestandes zu entfallen. Sie wurden in ihrer Betriebsführung durch die Entziehung der leitenden Persönlichkeiten, ihrer Angestellten, ihrer geschulten Arbeiterschaft schwer geschädigt und gehemmt. Der Bezug ausländischer und überseeischer Rohstoffe ward behindert. Ein Mangel der notwendigsten Hilfsstoffe stand in Aussicht. Hatten die Völkern, bei niedergehender Konjunktur, vor dem Kriege zwar ihre Vögel gefüllt, so war der Kohlenindustrie doch durch die Mobilmachung die Hälfte der Belegschaft entzogen; die ausländische Zufuhr ließ nach; der Bedarf der Eisenbahnen, der Heeres- und Marineverwaltung stieg gewaltig und war an erster Stelle zu befriedigen. Das Brot der Industrie, die Kohle, drohte knapp zu werden; jedenfalls mußte man mit ihrer

Verteuerung rechnen¹. Dazu kam die Erschwerung der Kapital- und Kreditbeschaffung. Die Rücksicht auf eigene wirtschaftliche Selbstbehauptung verschloß Kassen und Taschen; das Vertrauen auf künftige sichere Zahlung schien zu erlahmen; der Kredit wurde eingeschränkt, verteuert. Die Mobilmachung ferner, die Truppen- und Materialtransporte störten die inländischen Verkehrsverhältnisse; es fehlten die Pferde und Fuhrwerke für die Anfuhr von Rohstoffen usw. zur Fabrik, für die Verfrachtung der Produkte; die Eisenbahnen dienten dem Heere; Post und Telegraph blieben dem militärischen Meldebedienst vorbehalten. Und wenn auch der Betriebsführung nichts gemangelt hätte, die Aufträge blieben aus. Der Konsum im Inlande legte sich, bei vermindertem Einkommen oder aus andern Gründen, Beschränkungen auf. Der Absatz ins Ausland stockte; man stand im Krieg mit bisherigen Abnehmern; die Seeschifffahrt und der Verkehr selbst mit neutralen Ländern war schwer gefährdet; dazu kamen dann noch eine Anzahl von Ausfuhrverboten. Man fürchtete für seine Patente im Auslande; die feindlichen Mächte eröffneten den Handelskrieg, erließen Handels- und Zahlungsverbote usw.

Allerdings waren nicht alle Industriezweige in gleichem Maße von Gefahren bedroht. Schwer betroffen wurde vor allem selbstverständlich unsere Ausfuhrindustrie und unser Ausfuhrhandel, dann die Luxusindustrie und der Juwelenhandel². Die reichlichen Aufträge, mit welchen einzelne Firmen seitens der Generalordenskommission (auf Anfertigung Eiserner Kreuze) bedacht wurden, konnten ebensowenig wie die Aufnahme der Fabrikation billiger und billigster Schmucksachen mit patriotischem Einschlag einen Ersatz bieten für das Versagen der sonstigen Nachfrage nach Luxus-, Verfeinerungs-, Ausschmückungsgegenständen. Auch die Seidenindustrie und der Seidenhandel waren bedroht. Nicht minder mußte die Textilindustrie³

¹ Das Kohlenyndikat stellte für die Hausbrandkohle vom 1. Oktober ab eine Preiserhöhung in Aussicht, was die Dürftigen besonders hart treffen mußte; für die Industrielkohlen wurden die Preise belassen.

² Daß ebenfalls der Verlags- und Buchhandel stark leiden muß, liegt auf der Hand. Deutschland lieferte sonst jährlich etwa 50 000 Neuerscheinungen; jetzt wird kaum ein größeres wissenschaftliches Buch gedruckt. Dafür entwickelt sich eine deutsche Kriegsliteratur. Die diesbezügliche Statistik des Buchhändler-Börsenblattes umfaßt für die beiden ersten Kriegsmonate 478 Neuerscheinungen und Neuauflagen: 118 Nummern „Karten der Kriegsschauplätze“, 112 Erscheinungen religiösen Charakters, darunter 62 Einzelpredigten über den Krieg, 27 in Angriff genommene Kriegsgeschichten und Kriegschroniken, 28 Kriegs- und Soldatenliederbücher usw.

³ Vgl. Flügler, Der Krieg, in Soziale Revue XIV (1914) 337 ff.

und Konfektion, die hauptsächlich Baumwolle, Wolle, Leinen verarbeitet, mit Ausfällen rechnen; zwar konnten ihr die vorhandenen Rohstoffe durch Ausfuhrverbote erhalten werden, aber für die Neubeschaffung durfte man fürchten; aus Britisch-Indien und Ägypten kam keine Baumwolle mehr, die Rohflachsimporte aus Rußland fiel gänzlich fort, aus Indien konnte keine Zute, aus Australien keine Wolle mehr bezogen werden. Auch bei einzelnen Zweigen der Metallindustrie wurden Betriebe eingestellt oder beschränkt. Für einen Teil ihrer Produkte (Eisenbahnmaterial) bestand ein Ausfuhrverbot. Und mochte auch die Hoffnung bestehen, daß der heimische Erzbergbau quantitativ genügendes Rohmaterial liefern würde, so schien doch wenigstens eine Zeitlang die für Erzielung einer rentablen Gattierung bedeutsame schwedische Erzzufuhr durch England bedroht.

Mochten nun alle diese Umstände: das Ausbleiben der Aufträge, der drohende Mangel an Roh- und Hilfsstoffen, der Ausfall von Arbeitskräften, die Einschränkung der Kreditgewährung seitens der Banken, die Störung in den Zahlungen der Abnehmer, die Bedrohung des Absatzmarktes usw., als drückende Gefahr für die Großbetriebe noch so schwer empfunden werden, so waren doch diese Großbetriebe den Schwierigkeiten der Kriegslage weit mehr gewachsen als die mittleren und kleinen Betriebe des Handels und der Industrie. Bei der soliden inneren Politik der meisten Großunternehmungen war für beträchtliche Reserven gesorgt worden; auch mochte ihre Interessenverbindung mit den Großbanken im gegenwärtigen Augenblick und insoweit sich als vorteilhaft erweisen, als die Befriedigung der Kreditbedürfnisse dadurch geringeren Schwierigkeiten begegnete. Die selbständigen kleinen Gewerbetreibenden und Händler aber verfügen über keine Reserven. Es fehlt das Geld, die Kunden zahlen nicht, die Lieferanten aber drängen auf Zahlung. Von den großen Banken haben die kleinen und mittleren Leute nicht viel zu hoffen; die alten Privatbankiers mit ihrer individualisierenden Geschäftspraxis boten bessere Hilfe. Der Aufträge werden weniger, das Lager von Fertigwaren bleibt gefüllt usw. Einen nicht unbeträchtlichen Bestandteil des städtischen Mittelstandes bilden kapitalschwache Hausbesitzer; auch sie sind in Not; es stehen ihnen Mieter gegenüber, die jetzt nicht zahlen können, sie selbst sollen aber die Hypothekenzinsen aufbringen.

Sehr hart getroffen sind sodann vielfach auch die zum sog. „neuen“ Mittelstand gerechneten Personen, die Angestellten, die zu den freien Berufen gezählten Leute, die Familien der im Felde stehenden Krieger, auch

die Familien solcher Personen, die nicht Kriegsteilnehmer sind, aber durch den Krieg in Not gerieten, die Arbeit verloren und die, nach Aufzehrung ihrer letzten, dürftigen Ersparnisse, ohne Hilfe dem Elend verfallen müssen.

Und wie müssen erst diese Schwierigkeiten noch wachsen, wenn der Krieg lange dauert! Überdies — werden nicht die neutralen Staaten, bei der Ausschaltung unserer Handelsflotte, die bisher von uns geübte Handelsvermittlung an sich reißen, wird nicht die ausländische Industrie, z. B. die amerikanische Maschinenindustrie, in manche bisher deutsche Absatzgebiete auf dem Weltmarkte einzudringen versuchen usw.? Werden nicht die außer-europäischen Völker, die Völker Asiens und des Islams, aus der Erschöpfung Europas Vorteil ziehen, ihren wirtschaftlichen Aufstieg zum Schaden Europas beschleunigen? Kann man erwarten, daß namentlich Amerika die günstige Gelegenheit vorübergehen läßt, um sich des ganzen amerikanischen Marktes zu bemächtigen, die europäischen Konkurrenten auch in Ostasien zu verdrängen? Nach dem Kriege wird Amerika, wenn nicht die einzige, so doch die erste große Geldmacht der Welt darstellen, die über freie Kapitalien verfügt; und Europa, vor allem die besiegten Staaten, werden für Heilung der ökonomischen Schäden und für die Zahlung der Kriegsschädigung auf das amerikanische Finanzkapital angewiesen sein¹.

Wir haben nicht alle Schwierigkeiten und Nöten, von denen das Wirtschaftsleben und die materielle Wohlfahrt des Volkes durch den Krieg und was damit zusammenhängt heimgesucht oder bedroht wird, nicht alle die Befürchtungen wiedergegeben, die in unsern Tagen zum Ausdruck gelangt sind. Eines aber muß von vornherein mit allem Nachdruck betont werden: man darf jedenfalls, wie dies auch Werner Sombart² mit guter Begründung forderte, die Dinge nicht noch schlimmer darstellen, als sie in Wirklichkeit sind. Einzelne der Ursachen, die Störungen hervorriefen, fallen von selbst allmählich weg. So hört die übergroße Hemmung des Gütertransports im Inlande nach dem vollendeten Aufmarsch der Truppen auf. Dann werden zahlreiche Betriebe mit Aufträgen für Kriegslieferungen bedacht, so die Waffen- und Munitionsfabriken, die Werften und damit auch alle Zweige, die Roh- und Hilfsstoffe für jene Industrien liefern. Nicht minder finden die Industrien, die den Kleidungsbedarf des Heeres

¹ Vgl. Neue Zeit 32. Jahrg. (1914) II. Bb, Nr 19, 843 ff; Sozialistische Monatshefte 20. Jahrg. (1914) II. Bb, Heft 17, 1062 ff.

² Die Erhaltung der Volkswirtschaft im Kriege, im Berliner Tageblatt vom 16. September 1914.

decken, starke Beschäftigung, Webereien, Lederfabriken usw.; ebenso viele Nahrungsmittelindustrien, Konservenfabriken u. dgl., chemische Fabriken für pharmazeutischen Bedarf usw.¹ Es ist geradezu erstaunlich, wie rasch sich auf den verschiedenen Gebieten eine beträchtliche Arbeits- und Produktionsverschiebung vollzog, eine Neuverteilung der Wirtschaftsaufgaben unter Anpassung an die besondern Bedürfnisse der Kriegszeit. Namentlich im Bereich der Textilindustrie und der Konfektion ist das der Fall, und zwar um so mehr, je mehr man von der Fabrikation zum Handel heruntersteigt². Die Grenzen wurden vollkommen verwischt; vielfach gab es keine Branchen mehr. Kaufleute, die gestern Modellhüte verkauften, boten heute der Militärbehörde Unterzeuge, Leibbinden, Hemden, Socken an, wenn sie auch genötigt waren, sich nach großen Abschlüssen der Ware erst auf vielen Umwegen zu versichern. Die Herrenkonfektion und auch andere Konfektionsbetriebe verlegten sich erfolgreich auf Herstellung von Militäruniformen und schirmseidenen Westen. Die Baumwoll- und Leinenindustrie hat vielfach Militärhandtücher und Zeltbahnen gefertigt, ferner Militäraufträge in Brotbeuteln und Drellhosen übernommen; auch die Teppichfabrikation fand einen teilweisen Ersatz in der Herstellung von Zeltbrell. Die Wollwarenkonfektion findet reichen Absatz an Sturmhauben, Ohrenschützern, Brust- und Rückenwärmern, Leibbinden, Knie- und Fußschützern, Westen, Pulswärmern, Handschuhen, Sweatern. Auf Monate hinaus sind die Wollwebereien stark beschäftigt, um die entsprechenden Stoffe herzustellen; nur der Mangel an Rohstoffen könnte ihrer Arbeit ein Ziel setzen. Zu beachten bleibt ferner, daß die Ausfuhrverbote für die Gespinste aus Wolle ebenso wie für die meisten Lederfabrikate aufgehoben, für andere Fabrikate, wie für die Erzeugnisse der Eisen- und Stabindustrie, Erleichterungen eingetreten sind. Im allgemeinen wirkt übrigens die Unterbindung des Auslandsverkehrs bei weitem nicht in dem Maße verheerend, wie die Gegner Deutschlands hofften. Das deutsche Wirtschaftsleben ist nur mit 20 % auf das Ausland angewiesen, das englische mit 80 %. Die deutsche Volkswirtschaft war von jeher mehr auf sich selbst gestellt, als dies anderwärts der Fall ist. Wir besitzen einen großen, aufnahmefähigen und zahlungskräftigen inneren Markt. Die Gesamtwirkung des gegenwärtigen Zu-

¹ Auch die Kartenschlägerinnen sollen sich wenigstens in Berlin einer Hochkonjunktur erfreuen.

² Beilage zur Vossischen Zeitung Nr 456, 8. September 1914, und Nr 566, 5. Oktober 1914.

standes wird die sein, daß wir noch unabhängiger vom Auslande werden. Gewiß, es bleiben Schäden für uns aus der Unterbindung des Weltverkehrs. Manche Waren kann das Ausland in besserer Qualität liefern; die Lage des Produktionsortes machte eine Ausfuhr vielleicht gewinnbringender als den Absatz im Inlande; auch wird der Abbruch bisheriger Handelsbeziehungen nicht ohne schmerzliche Einbußen bleiben. Indes muß doch auch beachtet werden, daß zum Teil wenigstens eine Verschiebung in den Bezugs- und Absatzgebieten von den feindlichen in die neutralen Länder sich vollziehen konnte. Ein Teil der Störungen, welche der Abbruch der auswärtigen Handelsbeziehungen hervorrief, wird dadurch wohl beseitigt, daß die Einfuhr und Ausfuhr ein und desselben Produktes sich in gewissem Umfange kompensieren, indem jetzt das Erzeugnis ganz im Inlande verbraucht wird. Von den Hauptgetreidearten z. B. wurden 1913 eingeführt: Weizen für 417 000 000 *M*, ausgeführt für 91 000 000 *M*, außerdem ausgeführt Weizenmehl für 44 000 000 *M*; Roggen eingeführt für 42 000 000 *M* und ausgeführt für 133 000 000 *M*; Hafer eingeführt für 60 000 000 *M*, ausgeführt für 93 000 000 *M*. Die Ausfuhr von Steinkohlen hatte 1913 einen Wert von 516 000 000 *M*, während für 205 000 000 *M* eingeführt wurden. Auch bei vielen andern Produkten kann auf einen Teil der Einfuhr verzichtet werden, wenn die Ausfuhr wegfällt und durch größeren Absatz im Inlande ersetzt wird. Die großen Summen sodann, welche die Heeresverwaltung täglich ausgibt (für jeden Tag etwa 60 000 000 *M*, im Monat also 1 800 000 000 *M*), kommen, abgesehen von den Soldzahlungen, die im Auslande Verwendung finden, wieder der inländischen Produktion zugute, ebenso die Hunderte von Millionen, die für die Zwecke des Roten Kreuzes gesammelt werden.

Doch werden wir genug Rohstoffe haben und einführen können, um unsere Industrie aufrecht zu erhalten? Nun, an der Möglichkeit ausreichender Kohlenförderung ist nicht zu zweifeln. Eisenerze fehlen auch nicht, und ganz besonders nicht, wenn der Widerstand Schwedens gegen den Versuch Englands, Erze als Konterbande zu erklären, wirksam bleibt. Dazu kommen jetzt die umfassenden Kohlen- und Eisenerzlager Belgiens, Kupfer werden wir über neutrale Staaten aus den Vereinigten Staaten beziehen können; Holz liefert Schweden, Norwegen und Österreich, Petroleum Nordamerika und Rumänien, Häute und Felle können aus Brasilien, Argentinien, Österreich, Italien, Belgien und den Niederlanden, Kautschuk aus Brasilien beschafft werden. Die Vereinigten Staaten haben

ferner ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung ihres Ausfuhrgeschäfts in Baumwolle. In Bremen lagen zu Anfang des Krieges noch für 100 000 000 *M* Baumwolle. Wolle¹ kann über neutrale Staaten aus Argentinien ihren Weg zu uns finden usw. Für die indische Zute soll neuerdings aus Stroh ein guter Ersatzstoff billig hergestellt werden können usw.

Der Umstand schließlich, daß bei der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit alle Länder der Welt unter den Folgen des Krieges zu leiden haben², wird mit dazu beitragen, der Kriegslust auch unserer Gegner schneller ein Ziel zu setzen. Am meisten betroffen ist gerade die englische Volkswirtschaft, die fast ganz auf den Beziehungen zum Ausland sich aufbaut. Jedenfalls wird Deutschland von der allgemeinen Weltkaiise, der schrecklichen Wertzerstörung der in Milliardenbeträgen allenthalben aufgestapelten, nunmehr unverkäuflichen Ausfuhrprodukte weniger hart getroffen als England mit seinen Kolonien. Für England ist der Auslands-handel die Schlagader im volkswirtschaftlichen Körper. Und jetzt? Bei seinen Verbündeten findet es keinen Ersatz für die sonstigen Ausfälle. Nach dem neuesten Bericht über Englands Handelsverkehr (Oktober 1914) nahm die Einfuhr aus Rußland, Frankreich und Belgien um 66 %, seine Ausfuhr dorthin gar um 76 % ab usw. Die englische Textilindustrie, eine Hauptader der englischen Volkswirtschaft, steht schon fast vollkommen still. Sie verfügt zwar über Kohlen und Faserstoffe, aber es fehlt ihr außer der Absatzmöglichkeit ein unbedingt nötiges Material, das sie nur aus Deutschland beziehen kann. Die englische Zeitschrift *Economist* dürfte recht behalten, wenn sie, unter Hinweis auf die Tatsache, daß etwa ein Viertel

¹ Um der Heeresverwaltung den Bezug dieses wichtigen Rohstoffes zu erleichtern, wurde auf Anregung des Kriegsministeriums die „Kriegswollbedarf-Aktien-Gesellschaft“ auf gemeinnütziger Grundlage (Aktienkapital 4 250 000 *M*) begründet. Diese Kriegswollgesellschaft hat u. a. die in Feindesland, speziell in Bättich, Verviers, Roubaix, Tourcoing, sodz requirierten Wollvorräte, die Angehörigen feindlicher Völker gehören, zu übernehmen und pro rata der Heeresaufträge an die einzelnen Militärtextilfabriken zu verteilen. Außer jener Wollgesellschaft findet sich noch eine Zentralisierung für den Kriegsbedarf in der Metallindustrie durch die „Kriegsmetallgesellschaft“, für den Getreidehandel durch die „Zentralstelle für die Anschaffung des Heeresbedarfs“. Die Zigarrenfabriken Deutschlands haben ebenfalls für Aufträge der Heeresverwaltung und Verteilung derselben auf die einzelnen Fabriken, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, eine zentrale Verteilungsstelle geschaffen.

² Nach Angaben des Präsidenten der Bremer Handelskammer A. Bohmann hat das überseeische neutrale Ausland mit einem Ausfall an Export von 12 Milliarden Mark p. a. allein nach dem Kontinent zu rechnen.

des englischen Handels nach den Ländern der Nord- und Ostsee geht, große Arbeitslosigkeit und Unruhen in den Industriezentren voraussetzt.

Nur, alles in allem liegt trotz vieler Schwierigkeiten durchaus kein Grund zur Schwarzseherei vor.

II. Aber nicht nur das! Sogar ein gewisser ruhiger Optimismus ist am Platze, wenn wir gerade die wichtigsten und an sich schwierigsten Probleme, welche von der Kriegslage heraufbeschworen wurden, und die zu ihrer Lösung verwendeten oder verwendbaren Mittel ins Auge fassen. Dahin gehört neben der unmittelbar drängenden Frage der finanziellen Kriegsbereitschaft das Problem der Ernährung von Heer und Volk in Kriegszeiten, die Belebung des inneren volkswirtschaftlichen Prozesses, die den obwaltenden Verhältnissen entsprechende Gestaltung des Zahlungswesens und der Kreditversorgung, Hilfe und Unterstützung für besondere Notlagen.

1. Der finanziellen Kriegsbereitschaft kam vor allem die gesunde Finanzwirtschaft zu gute, die ihre Grundlage in der Reichsfinanzreform hat. Trotz der außerordentlichen Ansprüche, welche in finanzieller Hinsicht eine Mobilmachung großer Heere und die moderne Kriegsführung stellt, konnten die Bedürfnisse der ersten Monate aus den Beständen der Reichskasse und aus Darlehen bei der Reichsbank gedeckt werden.

Das zweite Drittel des Wehrbeitrages war erst am 15. Februar 1915 zu zahlen; und dann, eine Drittelmilliarde entspricht auch nicht der Größe des Bedarfs. Ohne Zögern hat darum der Reichstag dem Antrag der Regierung folgend am 4. August die Aufnahme einer gewaltigen Kriegsanleihe von fünf Milliarden bewilligt. Um sich von vornherein eine glatte finanzielle Durchführung des Krieges zu sichern, im Vertrauen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit des Volkes, machte dann das Reich von der ihm durch den Reichstag eröffneten Möglichkeit baldigen Gebrauch. Ohne die sonst übliche Vermittlung der Anleihe durch ein Bankkonsortium und ohne Fixierung des zur Zeichnung aufgelegten Betrages (abgesehen von der auf eine Milliarde beschränkten Zeichnung für Schatzanweisungen¹) vollzog sich die Kriegsanleihe (unter günstigen Bedingungen: 5% Zinsen, dazu noch Zeichnungspreis 97.50 M) mit einem die kühnsten Hoffnungen übersteigenden Erfolg. Es wurden

¹ Schatzanweisungen sind „schwebende“ Schulden, Schulden, die in kurzer Zeit zurückbezahlt werden.

gezeichnet: Reichsanleihe 3 121 001 300 *M*, Reichsschatzanweisungen 1 339 727 600 *M*, zusammen 4 460 728 900 *M*. Besonders hervorgehoben zu werden verdient es, daß nicht nur wohlhabende Leute, sondern auch die gering Bemittelten, die nur von ihrer Hände Arbeit allmählich Ersparnisse sammeln können, und die kleineren Kapitalisten ihre Habe für die Kriegsanleihe dargebracht haben. Von den 1 150 000 Einzelzeichnern entfallen 900 000 ($\frac{3}{4}$ Milliarde) auf diese Kreise¹. Frankreich mußte bekanntlich nach dem Friedensschluß des 1870er Krieges fünf Milliarden Kriegsentschädigung in Gold und Silber, in Noten der Bank von England, der Preussischen Bank, der niederländischen und belgischen Staatsbanken oder in sofort zahlbaren Wechseln ersten Ranges aufbringen. Man hatte drei Jahre für die Erfüllung dieser gewaltigen finanziellen Aufgabe vorgesehen und pries es als eine geradezu phänomenale Leistung, daß Frankreich bis zum 5. September 1873 die ganze Summe in der vorgeschriebenen Weise an Deutschland abführen konnte. Frankreich bedurfte damals dazu des Auslandes, während Deutschland jetzt nahezu $4\frac{1}{2}$ Milliarden in wenigen Tagen durch ganz freiwillig gezeichnete Beträge allein der eigenen Volksgenossen aufzubringen imstande war. Durch die Kriegsanleihe ist das Reich instand gesetzt, seine bei der Reichsbank diskontierten Wechsel einzulösen, wenn immerhin überdies noch große Geldbestände zur Reserve vom Reiche vorbehalten werden mögen.

Volkvermögen und Volkswohlstand sind ohne Zweifel verschiedene Begriffe. Volkvermögen ist ein Summenbegriff, Volkswohlstand ein zum Teil qualitativer Schätzungsbegriff. Gleichwohl nimmt unter den Kennzeichen des Volkswohlstandes das Vorhandensein großer Summen eine nicht allzu bescheidene Stellung ein. Der staunenswerte Erfolg der Kriegsanleihe hat zum mindesten bewiesen, daß man im Auslande, und vielleicht bei uns selbst, die Kräfte und die finanzielle Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft sehr unterschätzt hatte. Glaubten doch die Feinde Deutschlands ganz bestimmt an eine Erschöpfung des deutschen Kapitalmarktes infolge des allzu raschen Tempos unserer Industrialisierung, an eine überstarke Abhängigkeit von ausländischen Geldern. Allein trotz mächtiger Beteiligung an der Übernahme ausländischer Anleihen und trotz der umfassenden

¹ Die Bareinzahlungen auf die Kriegsanleihe erreichten bis zum 8. Oktober den Betrag von 2 420 000 000 *M*, d. i. 54,26 % der gezeichneten Summe, 14,26 % mehr, als bis zum 5. Oktober fällig waren, die größte Zahlung, die jemals von einem Volke in so kurzer Zeit geleistet wurde.

Investierung deutschen Kapitals im Auslande war die Kapitalansammlung im Inlande eine sehr hohe geblieben. Das hätte die ausländische Finanz eigentlich schon erkennen müssen, als sie bei Gelegenheit der Marokkokrisen (1905, 1911) den mißglückten Versuch machte, durch Zurückziehung ihrer Gelder aus Deutschland die deutsche Volkswirtschaft zu erschüttern. Und so hat denn auch jetzt wiederum der grandiose Erfolg der Kriegsanleihe dem Auslande, aber auch uns selbst den Beweis erbracht, daß unsere Volkswirtschaft viel zu solide aufgeführt ist, um selbst unter schwierigen politischen Verwicklungen und den mit diesen nun einmal verbundenen Störungen und Hemmnissen nach Wunsch unserer Gegner zusammenzubrechen.

2. Nächst der finanziellen Kriegsbereitschaft ist das wichtigste Problem die Ernährung des Heeres und des Volkes in Kriegszeiten. Durch eine gute Ernährung der Truppen wird die Schlagfertigkeit des Heeres, das Maß der Marschleistungen wie die Stärke im Kampfe, wesentlich bedingt. Die Vollkommenheit der Verproviantierung in Kriegszeiten aber hängt ab von der Ausbildung des Proviantwesens in Friedenszeiten. Alles wurde da unter Benutzung der technisch vollkommensten Einrichtungen und Maschinen (Kühlanlagen für geschlachtetes Vieh, Kühlräume für das in Säcken geschichtete Futtergetreide, fertiges Mehl und Getreide in sorgsam behüteten Magazinen und Silospeichern, besondere Vorrichtungen für Feldbäckereien und Feldküchen usw.) bereit gehalten, um im Falle einer Mobilmachung dem Heere zur sofortigen Verwendung verfügbar zu sein. Glückt es noch, den Krieg ins Feindesland zu tragen, dann werden die daselbst vorgefundenen Vorräte der Verproviantierung des Heeres dienen können, wie jetzt in Frankreich und Belgien die dortigen Körnerernten sowie Reis- und Mehlvorräte; und ebenso wird das Heer dem Feindeslande seinen Fleisch-, Milch-, Butterbedarf nach Möglichkeit an Ort und Stelle entnehmen. Hierdurch wird aber auch schon die Ernährung des eigenen Volkes in der Heimat beträchtlich erleichtert.

Wie aber können hierfür die erforderlichen Nahrungsmengen sichergestellt werden? Und wie ist die Verteilung dieser Lebensmittel zu angemessenen und erschwinglichen Preisen zu erzielen? Das ist die Doppelfrage, in welche sich das Problem der Volksernährung auflöst.

Die erste Frage lautet also: Sind uns ausreichende Nahrungsmengen auch für eine längere Kriegsdauer gesichert?

Auf diese Frage wird von sachverständiger Seite im allgemeinen eine beruhigende Antwort erteilt. Karl Ballod hat allerdings in den „Preußischen

Jahrbüchern“ von der Möglichkeit einer katastrophalen Brotnot gesprochen. F. Wohltmann dagegen glaubt feststellen zu können, daß keinerlei Besorgnis um die Ernährung unseres Volkes bis zum Termin der nächstjährigen Ernte begründet sei. Das verdanken wir, so meint er¹, in erster Linie dem glücklichen Umstande, daß auf die knappe Ernte des Jahres 1911 drei reich gesegnete Jahre kamen, welche uns bis zum 1. August 1915 sichergestellt haben². Wie dann die Sachlage sein wird, das hängt von der Witterung sowie der sorgsamten Bestellung und Düngung der Äcker ab. Werden Roggen, Hafer, Weizen nicht ausgeführt, wird der Genuß des Weizenbrotes zugunsten des Roggenbrotes (eventuell mit Kartoffelzusatz) eingeschränkt, wird Roggen nicht zur Viehfütterung verwendet, sondern der menschlichen Ernährung vorbehalten, dann ist, selbst abgesehen von der möglichen Zufuhr aus den und über die neutralen Länder, die erforderliche Nahrungsmenge an Körnerfrüchten sichergestellt. Allerdings, wir werden weniger Gerste haben. Allein an Stelle der Gerste können andere Futtermittel treten, an denen kein Mangel ist (gutes Stroh, Heu, Klee), auch Mais, der über Holland und Italien, ebenso direkt aus Rumänien beschafft werden kann. Der Gerstenbedarf, so meint Wohltmann, werde auch dadurch nicht wenig eingeschränkt, daß drei Millionen „trunkfester deutscher Männer“ außerhalb Deutschlands im Felde stehen und deutsches Bier nicht nötig haben. Besondere Bedeutung besitzt ferner die diesjährige, zum Teil wenigstens vorzügliche und gesunde Kartoffelernte³. Da die Brennereien ihren Betrieb während des Krieges einschränken müssen, so stehen größere Kartoffelmengen für Menschen und Vieh zur Verfügung. In der menschlichen Ernährung ersetzen die Kartoffeln das Stärkemehl des Weizens. Umfassende Veranstellungen wurden getroffen, um Kartoffeln⁴ auf Flößen zu verarbeiten, wodurch unter anderem auch Verluste durch Fäulnis aufgehoben werden.

¹ Deutsche Tageszeitung Nr 459, 10. September 1914, Erstes Beiblatt.

² Die diesjährige Ernte wird für verschiedene Gebiete als gute Mittelernte bezeichnet.

³ Andere sprechen von höchstens einer Mittelernte, auch wurde auf den voraussichtlichen Ausfall von 19 000 000 Doppelzentnern in Ostpreußen hingewiesen.

⁴ Deutschland führt alljährlich etwa 20 000 000 Doppelzentner Brotgetreide ein und erzeugt selbst 144 000 000 Doppelzentner. Wenn man nun 15 % des Mehles vom Brotgetreide durch Mehl von Trockenkartoffeln ersetzt, dann wären dazu 22 000 000 Doppelzentner Trockenkartoffeln erforderlich und die Einfuhr von ausländischem Brotgetreide wäre überflüssig. Es fragt sich nun, ob wir in der Lage sind, diese 22 000 000 Doppelzentner Trockenkartoffeln ohne Einschränkung der bisherigen Kartoffelverwendung zu schaffen. Die Antwort ist zu bejahen. Einer Menge

Eine wesentliche Hilfe in der Verpflegung gewährt dann ebenfalls die vorzügliche Obsternte. Im Süden gediehen die Äpfel, im Norden die Birnen und Pflaumen. Der Minderertrag an Zuckerrüben wird zwar in den Rübenbau treibenden Gegenden für die Ernährung des Viehes eine geringere Menge von Rübenrückständen belassen; die Ernte genügt aber andererseits für den Zuckerbedarf des Inlandes reichlich und gestattet überdies einen Export nach Dänemark, Schweden, Norwegen und der Schweiz. Die selbstständige Ernährung Deutschlands mit Fleisch und tierischen Erzeugnissen sodann ist weit leichter noch als mit Körnerfrüchten. Selbst ohne jede Fleischeinfuhr (eventuell jetzt von Schweden, Dänemark, Holland, der Schweiz) können wir unsern Bedarf im wesentlichen decken. Kurz, ausreichende Nahrungsmittel sind da. Es bedarf freilich einer planmäßigen Ausnutzung und Verwendung der verfügbaren Vorräte zur Ernährung von Mensch und Tier, sodann die entsprechende Fürsorge für die Neuproduktion, die zukünftige Ernte (Kunstdünger usw.).

Mancherlei Vorschläge praktischer Fachleute gleich bei Beginn des Krieges seien noch kurz erwähnt. So wurde unter anderem die sofortige Nutzung des abgeernteten Bodens und der Gartensfläche für rasch wachsende Nähr- und Futterpflanzen empfohlen, auch die Heranziehung von Bauland und Ödland für ähnliche Zwecke, sorgfältige Konservierung von Obst und Gemüse, Ersatz der verminderten Seebezüge durch sorgsame Pflege der Binnenfischerei, stärkere Ausmahlung des Getreides, Verbot der Brotgetreideversfütterung, bessere Verwertung der häuslichen Küchenabfälle für Viehfütterung usw.

Außer der Beschaffung der erforderlichen Nahrungsmengen kommt sodann für die Ernährung des Volkes in Kriegszeiten die nicht minder wichtige Frage einer Verteilung der Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen in Betracht.

von 22 000 000 Doppelzentnern Trockenkartoffeln entsprechen etwa 88 000 000 Doppelzentner Rohkartoffeln. Diese Kartoffelmenge ist durch Steigerung der Kartoffelerträge leicht zu beschaffen. Einmal läßt sich der Ertrag unserer Kartoffelernte, der jetzt durchschnittlich 137 Doppelzentner pro Hektar beträgt, wesentlich steigern; denn gut geleitete Wirtschaften erzielen heute bereits 300 Doppelzentner pro Hektar. Außerdem kann durch die Unterbindung der Zuckerausfuhr während des Krieges die Rübenanbaufläche zugunsten des Kartoffelanbaues wesentlich vermindert werden. Weiterhin werden durch die Beeinträchtigung der Ausfuhr von Stärkesubstraten auch etwa 4 000 000 Doppelzentner Kartoffeln frei. Und schließlich vermindern sich durch schnelle Verarbeitung der Kartoffeln die jährlich etwa 46 000 000 Doppelzentner betragenden Verluste an Kartoffeln sehr bedeutend. Within ist die zum Ersatz des ausländischen Brotgetreides erforderliche Kartoffelmenge ohne alle Schwierigkeiten zu beschaffen. (Entnommen der Kölnischen Volkszeitung Nr 860, 3. Oktober 1914.)

Dieser Aufgabe dienen einerseits Ausfuhrverbote, anderseits die zeitweilige Aufhebung aller Zölle auf Nahrungs- und Futtermittel, also Erleichterung der Einfuhr, ferner die Einschränkung der Fleischbeschau, Sorge für Nahrungsmittelzufuhr vom Lande zur Stadt, ganz besonders auch die in Aussicht genommene bzw. durchgeführte behördliche Festsetzung von Höchstpreisen zum Schutz gegen Wucherversuche und Preistreiberei, schließlich die durch die Erfahrung der letztjährigen Steuerungszeiten bewährten positiven Versorgungsmaßnahmen (Fleisch-, Fisch-, Kartoffelbezug usw.) seitens der Gemeinden¹. Die Reichsgesetzgebung hat die Gemeinden zur Festsetzung von Höchstpreisen ermächtigt²; selbst Kreise, die Eingriffen der öffentlichen Körperschaften in das Wirtschaftsleben sonst ablehnend gegenüberstehen, haben doch jetzt die Durchführung dieser Maßregel nachdrücklich gefordert. Es ist allerdings nicht leicht, die Preise in richtiger Höhe, entsprechend den verschiedenen Qualitäten und im Anschluß an die Konjunkturbewegung, festzusetzen. Auch machen die Transporttarife für eine allseitig gerechte Preisbestimmung nicht geringe Schwierigkeiten. Insbesondere aber wurde befürchtet, daß aus den Maximalpreisen leicht Normalpreise werden könnten, so daß für die Konsumenten statt einer Erleichterung schließlich Mehrbelastung sich ergeben würde. Allein diese Bedenken sind doch nicht zwingender Art. Nur wird man die Quelle von Preissteigerungen nicht gerade bloß beim Detailhandel suchen dürfen, sondern ebenfalls bei den Produktionsbetrieben und dem Großhandel. Jedenfalls bildet die Inanspruchnahme und Durchführung öffentlicher Preisregelung eine bedeutungsvolle Erscheinung; man wird darauf gespannt sein dürfen, in welchem Umfang und mit welchen Erfolgen diese Maßregel zur Anwendung kommt. An zweiter Stelle würde eventuell noch die städtische Lebensmittelversorgung Platz greifen können oder müssen, der Ankauf von Lebensmitteln durch die Gemeinden (z. B. von Mehl mit bestimmten Brotpreisen für die Bäcker, auch Einrichtung städtischer Bäckereien, Übernahme von Bäckereien in städtische Verwaltung, städtische Kühlanlagen für gefrorenes Fleisch u. dgl.). Ihre volle preisregulierende Wirkung dürften solche Maßregeln aber doch kaum

¹ Vgl. Soziale Praxis 23. Jahrg. (1914), Nr 45—50.

² Soweit örtliche Bedürfnisse und Verhältnisse in Frage stehen, liegt die Entscheidung über Höchstpreise am besten bei örtlichen Behörden. Auch die Höchstpreise werden dem Verkäufer selbstverständlich einen angemessenen Nutzen belassen müssen, weil sonst Verkehr und Verkauf gelähmt würde. Sie sollen Notstandspreise ausschließen, nicht aber den angemessenen Preis. Bei der Durchführung von Höchstpreisen wird man schrittweise vorgehen, entsprechend dem Bedürfnis.

ohne Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Vieh, Milch usw. erzielen können. Die Übernahme von Waren durch die Gemeinde würde sich besonders gegenüber spekulativer Zurückhaltung solcher Waren empfehlen können.

3. Ein weiteres höchst wichtiges Problem bildet eine den Verhältnissen und Bedürfnissen der Kriegszeit entsprechende Regelung des Kredit- und Zahlungswesens.

Die Banken, insbesondere die Großbanken, sind die Sammelbanken der baren Bestände aller Wirtschaftskreise. An die Banken wenden sich dann aber auch diese Wirtschaftskreise zur Deckung ihres Geldbedarfs. Die Unsicherheit der Kriegslage wirkt erschütternd auf den Kredit im wirtschaftlichen Verkehr, anderseits steigend auf das Kreditbedürfnis. Es gibt weniger Einnahmen, und den Verpflichtungen kann nicht so leicht wie sonst genügt werden, namentlich wo die Lieferanten Barzahlung zur Bedingung jedes Geschäftes machen sollten. Würde das allgemein geschehen dann wäre der Zusammenbruch unvermeidlich. Jedenfalls war es eine kluge Maßregel, daß der Reichsbankpräsident v. Havenstein frühzeitig die Banken gemahnt hatte, 10% ihrer Depositen und ihrer sonstigen fremden Gelder in bar oder in Reichsbank-Giroguthaben bereit zu halten, so daß sie über eine größere Fülle flüssiger Mittel verfügten. Dazu hat auch der Umstand mitgeholfen, daß der Krieg nicht in eine Zeit der Hochkonjunktur fiel, die den Großbanken nach ihrer bisherigen Praxis ein beträchtlich geringeres Maß finanzieller Bewegungsfreiheit belassen hätte. In der allgemeinen Wirtschaftskrise hatten sie wirtschaftlich mehr oder minder abgerüstet, standen darum finanziell besser gerüstet da. Die deutschen Banken haben denn auch die Auszahlung von Bankguthaben, die Gewährung von Kredit nicht eingeschränkt, letzteres wenigstens nicht in scharfer Weise. Weit ungünstiger stellte sich die finanzielle Lage in England und namentlich in Frankreich. Freilich der von der Regierung angeordneten Einstellung der Auszahlung der Halbjahrsdividenden des Crédit Lyonnais, des größten französischen Bankinstituts, hat man vielleicht allzu hohe Bedeutung beigelegt. In der Unsicherheit des Krieges kann man es ja verstehen, daß da von einer Ausschüttung des Gewinnes an die Aktionäre vorerst Abstand genommen wurde¹. Aber ein wirklich sehr ungünstiges Licht fällt

¹ Die Dividendenempfänger leiden natürlich schwer unter dem Ausfall, ebenso unsere deutschen Rentner, denen jetzt nicht bloß die Coupons ausländischer Papiere ohne Einlösung bleiben, sondern auch vielleicht seitens der Aktiengesellschaften (im Interesse der Reservebildung) die erwarteten Dividenden nicht selten verkürzt werden

auf die französische Finanzlage durch die Tatsache, daß Banken und Sparkassen Depositenguthaben nur mehr in einem ganz beschränkten Maße auszahlten. Die französische Bankwelt hatte seit vielen Jahren schon den Reichtum Frankreichs der Politik geopfert, hatte Milliarden nach Rußland verschleppt, hatte den französischen Rentnern der hohen Provisionen wegen die zweifelhaftesten Werte verkauft. Das alles im Verein mit den Kriegsschäden wird, wenn nicht den völligen finanziellen Zusammenbruch Frankreichs herbeiführen, jedenfalls durch mangelnde Leistungsfähigkeit sich bitter rächen müssen. In der Furcht starker Erschütterungen hat die Bank von Frankreich seit dem Krieg die Veröffentlichung ihrer Ausweise eingestellt¹, und es ist mehr als fraglich, ob sie den Anleihebedürfnissen des eigenen Staates werde genügen können. Auch der bis jetzt für felsenfest begründet gehaltene Bankenorganismus Englands versagt und steht vor schweren Katastrophen trotz der Hilfe der Bank von England. Der stolze „Weltbankier“ konnte nur durch ein schleunigst verfügtes Moratorium vor dem Ruin geschützt werden.

Über die Finanzlage Rußlands ferner kann man füglich schweigen. Wie will Rußland den Verpflichtungen aus seiner gewaltigen Schuldenlast genügen, wie die riesigen Erfordernisse des Krieges decken? Das zu den „berechtigten“ Eigentümlichkeiten Rußlands gehörige Borgsystem hat sein Ende erreicht. Ob es gelingen wird, durch eine innere Anleihe über die akuten Geldverlegenheiten hinauszukommen, ist mindestens sehr zweifelhaft. Und da soll noch der eigenen Volkswirtschaft geholfen werden?

Ganz anders in Deutschland. Hier sorgt die Reichsbank zunächst treu für die Aufrechterhaltung der Währung; sie schützt den Metallbestand des Landes, trägt erfolgreich für eine den Bedürfnissen des Verkehrs entsprechende Menge von Ausgleichsmitteln Sorge. In Zeiten der Geldknappheit muß sie allen berechtigten Kreditansprüchen genügen, der Rettungsanker sein, an den sich die Bedrohten im Falle der Not anklammern können. Allen diesen Aufgaben hat die Reichsbank im vollsten Maße genügt. Die starke Geldpanik der ersten Wochen der Kriegszeit ließ keine mißlichen Folgen zurück, die Not an Zahlungsmitteln wurde rasch überwunden. Namentlich als Zentralnotenbank ist die Reichsbank in ihrer

bärften. Zum *Crédit Lyonnais* vgl. eine andere Beurteilung im Finanz- und Handelsblatt der *Vossischen Zeitung* Nr 487, 25. September 1914.

¹ Erst Mitte Oktober wurde ein Ausweis der Bank von Frankreich wieder veröffentlicht.

Wirksamkeit bedingt durch ihren Vorrat an Gold. Sie hat das Recht, nach Bedürfnis ihres Verkehrs Banknoten auszugeben. Zur Sicherung dieser Noten besteht aber die gesetzliche Vorschrift, daß ein Drittel der ausgegebenen Noten bar gedeckt sein muß. Die beiden andern Drittel finden ihre Deckung durch leicht einziehbare Forderungen. Als Bardeckung gilt kursfähiges deutsches Geld, Reichsbankenscheine¹, Gold in Barren oder ausländischen Münzen, wobei das Pfund fein zu 1392 *M* gerechnet wird. Die Bank kann also keine Noten in beliebiger Menge ausgeben; schließlich und letztlich muß die ganze Papierpyramide denn doch in Gold eine feste Stütze finden. Hieraus ergibt sich, welche große Bedeutung die Stärke der Goldbestände der Reichsbank gerade jetzt für die Gesamtheit hat. Um den zur Kriegszeit erhöhten Kreditansprüchen zu genügen, muß die Reichsbank imstande sein, mehr Noten auszugeben. Gibt sie aber mehr Noten aus, dann muß dafür gesorgt werden, daß mehr Gold in ihre Kasse kommt. Man begreift darum die Bemühungen der letzten Zeit, nach Möglichkeit das ganze Gold des Inlandes, insbesondere auch die große Menge des versteckten Goldes, der Reichsbank zuzuführen und dadurch die Metalldeckung der Noten zu verstärken, die Kreditgewährung durch Notenausgabe auf erweiterter Basis zu ermöglichen. Man darf geradezu sagen, daß das Gold in der Reichsbank den dreifachen Zahlungswert erlangt. Übrigens war die vorsorgende Politik der Reichsbank schon seit Jahren auf die Verstärkung des Goldbestandes gerichtet, der dann noch durch Zuführung des Reichskriegsschatzes vermehrt wurde. Beim Ausbruch des Krieges verfügte die Reichsbank über etwa $2\frac{1}{4}$ Milliarden Mark; sie hätte den dreifachen Betrag der Deckung in Umlauf setzen, also mehr als $6\frac{1}{2}$ Milliarden Mark an Noten ausgeben können; tatsächlich ließen aber damals noch nicht 1 900 000 000 *M* an Noten um. Wurden der Reichsbank im Anfang des Krieges viele Mittel entzogen, so hob sich bis Ende September schon die Metalldeckung der Noten von ihrem niedrigsten Stande von 37,9 % am 31. August wieder auf 42,7 %, ihre gesamte Bardeckung auf 46,4 %. Auch die kluge Diskontpolitik der Reichsbank² hatte auf die Vermehrung

¹ Reichsbankenscheine dürfen nach den gesetzlichen Bestimmungen bis zu 240 Millionen Mark ausgegeben werden. Der größte Teil hiervon war schon seit längerem vom Verkehr aufgenommen, der Rest wurde zur Befriedigung des stürmischen Zahlungsmittelbegehrens vor und während der Mobilmachung in kurzer Zeit verausgabt.

² Die sprunghafte Diskontpolitik der Bank of England offenbarte große Unsicherheit. Am 30. Juli wurde der Zinsfuß der Bank von 3 auf 4 %, am 31. Juli

ihrer Goldbestandes hingewirkt. Eine vernünftige Hochhaltung des Diskonts kann im gegenwärtigen Augenblick allerdings weniger den Zweck haben, die Unternehmungslust in richtigen Grenzen zu halten, aber sie schützt den Bar- und Goldbestand der Bank. Ferner sei noch kurz erwähnt, daß ein Gesetz vom 4. August die Einlösungspflicht der Reichsbank aufhob, zugleich auch die Reichskassenscheine zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärte, wodurch wieder die Goldreserve für andere wichtigere Zwecke gesichert wurde.

Schließlich ermöglichen neben der vermehrten Ausgabe von Banknoten auch die neu in den Verkehr gelangenden Darlehenskassenscheine einen weiteren Abfluß des Goldes aus dem Publikum an die Reichsbank.

Erwies sich also die Reichsbank der doppelten Anforderung, als Kriegsbank des Reiches zu dienen und zugleich dem Wirtschaftsleben, der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handel einen sichern Rückhalt zu gewähren, durchaus gewachsen, so sollten die durch Reichsgesetz vom 4. August in Aussicht genommenen und alsbald begründeten „Darlehenskassen“ dem, wie man zunächst vermutete, mächtig anschwellenden Kreditbedürfnis als zweite große Kreditquelle Befriedigung bieten, zugleich eine für die Elastizität der Reichsbankleistungen bedeutsame Entlastung der Kreditgewährung seitens dieser ersten Kreditquelle herbeiführen.

Diese gemäß Beschluß des Reichstags vom 4. August in Berlin und an denjenigen Orten, wo Reichsbankfilialen sind, insbesondere zur Förderung des Handels und Gewerbebetriebs zu gründenden Darlehenskassen geben Darlehenskassenscheine (zu 5, 10, 20, 50 Mark, jetzt auch zu 1 und 2 Mark)¹ heraus, die als allgemeines Zahlungsmittel dienen. Zwangskurs haben solche Scheine nicht, müssen aber an allen öffentlichen Kassen des Reiches

auf 8%, am 1. August auf 10% erhöht. Die Reichsbank dagegen erhöhte den Diskont zunächst von 4 auf 5%, dann auf 6%. Da der allgemeine Zinsfuß immer etwa ein Prozent höher ist als der Reichsbankdiskont, so hat er schon eine für die großen Unternehmungen, mehr noch für die mittleren und kleineren Leute drückende Höhe erreicht. Es begreift sich darum, daß die Herabsetzung des Diskonts lebhaft gewünscht wird, um so mehr, da angenommen wird, daß die Beanspruchung der Reichsbank in jetziger Zeit bei der geringen Neigung, größere Kredite aufzunehmen, durch eine solche Maßregel kaum gesteigert werde. Man muß es indes der Reichsbank selbst überlassen, hier den richtigen Standpunkt zu wählen.

¹ Die im Felde befindlichen Truppen werden auch zum größten Teil mit Papiergeld ausgestattet; an Stelle des Silbers treten die jetzt in größerer Menge vorhandenen kleinen Papierscheine. Zur Hebung der Knappheit der Silbermünzen in der Heimat sollen die noch beim Heere vorhandenen Bestände an Silbermünzen nach Deutschland zurückgeführt werden.

und der Bundesstaaten angenommen werden. Der Höchstbetrag der auszugebenden Scheine wurde zunächst auf 1500 Millionen Mark festgesetzt. Die Kassenscheine sind durch die seitens der Kreditnehmer zu leistenden Sicherheiten voll gedeckt. Beliehen werden in erster Linie leicht umsatzfähige Werte, wie Effekten, Rohstoffe, Stapelwaren mit fester Marktpreisbildung. Die Anforderungen, die nach Wert, Höhe und Auswahl der zu beleihenden Gegenstände an die zu leistenden Sicherheiten gestellt wurden, beschränkten das Tätigkeitsgebiet der Darlehenskassen in einer Weise, daß sie für die Kreditbeschaffung des Mittelstandes insbesondere praktisch nicht genügten. Von den in erster Linie zu beleihenden Sachen hat der Kleingewerbetreibende nicht viel. Ihm verfügbare Fertigwaren, auch soweit sie nicht bedeutenden Preisschwankungen unterliegen, wurden nur nach sorgfältigster Prüfung und unter Bürgschaft einer zweiten sichern Person von Fall zu Fall beliehen. Da Hypotheken zunächst nicht beliehen wurden, versuchten die großen Hypothekenbanken den kleinen Hypothekengläubigern gemeinsam zu helfen durch Beleihung erstelliger Hypotheken mittels Ausgabe von Pfandbriefen, die dann bei der Reichsdarlehenskasse verpfändet werden konnten. Auch für die Gläubiger mit zweit- und drittstelliger Hypothek wurde eine Hilfe in Aussicht genommen.

Da indes von Lombard- und Realkreditinstitutionen für den Mittelstand eine ausreichende Kreditversorgung überhaupt nicht zu erwarten war, wurden als dritte Kreditquellen an manchen Orten und in verschiedener Form sog. „Kriegskreditbanken“ unter Führung der Gemeinden¹ oder wirtschaftlicher Organisationen gegründet, die nicht nur auf Warenbestände, sondern auch auf Buchforderungen, Kundenausstände usw. Vorschüsse gewähren und die, wie der Reichsbankpräsident Havenstein bemerkte, „gestützt auf die Reichsbank und von ihr in weitem Umfange unterstützt, auch alle bisher davon ausgeschlossenen Kreise an die beiden großen Kreditquellen, Reichsbank und Darlehenskassen, heranzuführen“. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß ebenfalls in solidarischer Selbsthilfe auf genossenschaftlichem Wege durch die bestehenden Kreditgenossenschaften, Darlehenskassenvereine, Raiffeisenvereine für die Beschaffung von Notstandskredit nicht wenig geleistet werden kann.

Auch bezüglich des Zahlungswesens mußten sodann Vorkehrungen getroffen werden, um besondere Härten für den Schuldner, der durch den

¹ Innerhalb gewisser Grenzen können auch die Sparkassen durch Gewährung von Personalkredit und durch Beleihung erstelliger Hypotheken helfen.

Krieg in eine ungünstige Lage geriet, zu mildern, anderseits aber nicht minder, um den Gläubiger in seinen gerechten Ansprüchen zu schützen. Deutschland hat nicht wie andere Staaten das radikale Mittel des allgemeinen oder partiellen Moratoriums, der Zahlungsstundung, gewählt. Ein Moratorium läßt sich ja im äußersten Falle nicht vermeiden; aber es erschüttert die Grundlagen des Wirtschaftslebens und wird darum, solange nur möglich, besser nicht in Anwendung gebracht. Die Reichsregierung hat deshalb die Bewilligung von Zahlungsfristen für den einzelnen Fall dem Ermessen des Richters überlassen, der bei der Bewilligung und dem Ausmaß der Zahlungsfristen die Lage beider Parteien zu berücksichtigen hat. Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 7. August 1914 ermächtigte nämlich die Gerichte, in anhängigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten auf Antrag des beklagten Schuldners eine mit der Verkündigung des Urteils beginnende Zahlungsfrist von längstens drei Monaten im Urteil festzusetzen; ist der Prozeß noch nicht anhängig, so darf der Schuldner unter Anerkennung der Forderung des Gläubigers diesen vor das Amtsgericht laden zur Verhandlung über die Bestimmung einer Zahlungsfrist. Voraussetzung für solche Befristung ist Entstehung der Schuld vor dem 31. Juli 1914. Bei einem Streitgegenstand unter 100 Mark fallen die Gerichtsgebühren fort, sonst werden sie auf die Hälfte ermäßigt. Ausländische Forderungen können bis zum 31. Oktober 1914 vor inländischen Gerichten nicht geltend gemacht werden. Bei Streitigkeiten, an denen Kaufleute beteiligt sind, dürften die Handelskammern am besten in der Lage sein, den Gerichten die für die Entscheidung erheblichen Aufschlüsse über die Lage eingetragener Firmen zu geben.

Selbstverständlich werden die Gerichte sich wohl hüten, zahlungsfähigen, aber zahlungscheuen Schuldnern, an denen es ja nicht fehlt, einen Zahlungsausschub zu gewähren. Auch die vom Bundesrat zur Abwendung von Konkursen bestellte „Geschäftsaufsicht“ wird die faulen Zahler zur Erfüllung ihrer Leistungspflicht heranziehen müssen. Da aber die kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden einer für sie peinlichen und kostspieligen Geschäftsaufsicht gern ausweichen und die außergerichtliche Verständigung dem Eingreifen des Richters vorziehen, so entstanden mancherorts „Einigungsämter“ zur Erzielung einer Einigung zwischen Schuldner und Gläubiger bezüglich der Zahlungsweise, und mit diesen Einigungsämtern verband sich in einzelnen Fällen noch ein „Einziehungsamt“ für die Beitreibung der Schulden.

Einigungsämter scheinen auch wohl geeignet, bei verständiger Handhabung und entsprechender Fühlungnahme mit den Gerichten, einen billigen Ausgleich zwischen den beiderseitigen Interessen speziell von Mietern und Vermietern herbeizuführen. In Deutschland ist ein beträchtlicher Teil des Volksvermögens in Miethäusern angelegt¹, die meist mit Hypotheken stark belastet sind. Viele Mieter — nicht nur die Familien der zum Heer Einberufenen — können jetzt den Mietzins nicht entrichten, und infolgedessen sind die Vermieter außer Stande, ihre Hypothekenzinsen zu zahlen. Wollte man ein spezielles Moratorium für die Zahlung der Mieten und Hypothekenzinsen einführen, dann müßten schließlich die Hypothekengläubiger den ganzen Ausfall tragen; denn offenbar ist es mehr als zweifelhaft, ob späterhin die gestundeten Beträge eingehen werden. Da hilft am besten die gegenseitige Verständigung. Zahlungsfähige Mieter sollen jetzt ihrer Zahlungspflicht genügen; im andern Falle dürfte der Vermieter mit einem verminderten Betrage sich lieber begnügen, als alles zu verlieren; eventuell wird mit öffentlichen Mitteln geholfen werden müssen, was jedenfalls besser ist, als daß später die Armenbehörde eingreifen muß. Ein anderer Vorschlag² faßt die Errichtung von gemeinnützigen „Mietsdarlehenskassen“ ins Auge: die wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung sollen unter billiger Sicherung den Angehörigen des Mittelstandes langfristige Darlehen zum Zwecke der Mietzahlung auf diesem Wege zuführen. Ein Ausgleich zwischen den Interessen der Hausbesitzer und der Hypothekare aber ließe sich vielleicht dadurch herbeiführen, daß bei nachweisbaren Mietausfällen den Hausbesitzern ermöglicht würde, die Zinsschuld dem Hypothekenschuldposten hinzuzuschlagen.

4. Die Flüssigmachung von Geld und Kredit, die Überwindung von Zahlungsschwierigkeiten sind ohne Zweifel jetzt besonders wichtige Aufgaben und schwierige Notwendigkeiten. Kredit und Geld aber bilden keinen Selbstzweck. Sie dienen als Mittel der Betätigung der nationalen Erwerbskraft, dienen der Produktion, der Konsumtion. Das Hauptproblem bleibt die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Prozesses, und dazu benötigt es der Aufträge, der Arbeitsgelegenheit, der Geltendmachung des Bedarfs auf dem Markte. Eine ganze Reihe besonderer Probleme schließt auch dieses Zentralproblem wieder in sich; alle am wirtschaftlichen Prozeß

¹ In Groß-Berlin etwa 15—16 Milliarden Mark.

² Kölnische Volkszeitung Nr 864, 4. Oktober 1914; Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung Nr 528, 17. Oktober 1914.

beteiligten Faktoren müssen zur Lösung jener Aufgabe beitragen. Letzten Endes hängt Handel und Wandel von der Kaufkraft der großen Massen ab. Sind wir jetzt, wenn nicht ausschließlich, so doch mehr noch als in Friedenszeiten für den Absatz der Produkte auf den inneren Markt angewiesen, dann liegt es darum im Interesse der Produzenten selbst, daß sie ihrerseits alles vermeiden, was die Kaufkraft der Massen vermindern kann. Die Unternehmer werden sich vor übereilter Stilllegung und Einschränkung der Betriebe hüten müssen. Nicht nur Reich, Staat, Gemeinden, sondern auch viele private Firmen zahlen während des Krieges an die Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Angestellten und Arbeiter ganz oder teilweise die Löhne weiter, ziehen Arbeitsverkürzung der Arbeiterentlassung vor. Diejenigen Unternehmungen, die dem Kriegsbedarf dienen oder dienen können, die Gewehr- und Munitionsfabrikation, die Waffenschmiederei, die Herstellung von Kriegsautos, von Flugzeugen usw., die Sattlerei, Anfertigung von Uniformen und sonstiger Bedarfsgegenstände für Krieger, die Verbandstoffindustrie usw., kurz alle Gewerbe, die sich jetzt einer erhöhten Beschäftigung erfreuen und anderswo frei gewordene Kräfte aufnehmen können, sollten diese Kräfte auch tatsächlich aufnehmen, statt es mit Überarbeit ihrer bisherigen Arbeiterflamme zu versuchen (Doppelt-, Dreischichtenbetrieb mit mäßiger Arbeitsdauer). Selbstverständlich wäre es ebenso unklug wie schwachvoll, wenn Unternehmer das Überangebot von Arbeit, die Not der Arbeitslosen, die wirtschaftliche Schwächung der organisierten Arbeiter dazu benützen wollten, um die Löhne zu drücken, in einem durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigten Maße zu kürzen oder sonst unwürdige Anforderungen an die Arbeiterklasse zu stellen.

Besondere Bedeutung gewinnt in solchen Zeiten die Organisation der Arbeitsvermittlung. Die öffentlichen Arbeitsnachweise mit den Facharbeitsnachweisen der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, den Stellenvermittlungseinrichtungen der Angestelltenverbände haben sehr günstig für die Verteilung der Arbeitskräfte, die Beschaffung von Hilfs- und Ersatzkräften gewirkt. Auch die Organisationen der Unternehmer waren erfolgreich tätig für eine zweckmäßige zeitliche und räumliche Verteilung von Aufträgen, für eine solche Unterstützung bedrängter Mitgliedsfirmen, welche diesen die Fortführung des Betriebes ermöglichen konnte. Zur Besprechung und Beherrschung der Lage wurden dann noch besondere „Kriegswirtschaftsräte“ begründet, so z. B. der durch den „Zentralverband deutscher Industrieller“ und den „Bund der Industriellen“ geschaffene „Kriegsauschuß

der deutschen Industrie, mit der Aufgabe systematischer Unterbringung der Angestellten und Arbeiter, der Hilfe für notleidende Zweige der Industrie, schneller Verbreitung der staatlichen Lieferungsaußschreibungen usw.“¹ Bei der Versorgung leitender kaufmännischer und technischer Kräfte, Generalagenten, Fabrikdirektoren usw. dürften die gemischten Unternehmerverbände, Handels- und Gewerbekammern am besten helfen können.

Auch die Konsumenten und gerade sie dürfen nicht versagen. Gewiß fordert die ernste Zeit „Einschränkung dreister Lustbarkeit, aber keine allgemeine Askese“, wie Franke in der „Sozialen Praxis“ richtig bemerkt; ist die Verschwendung, übertriebener Luxus jetzt noch weniger wie sonst am Platze, so doch auch ebensowenig Geiz und Knäuserei leistungsfähiger Kreise, namentlich wenn daraus Arbeitslosigkeit zahlreicher Personen sich ergibt.

Es werden sodann auch die vielen zu unentgeltlicher Hilfeleistung löblich bereiten Personen nicht vergessen dürfen, daß eine Verdrängung auf den Erwerb angewiesener Arbeit durch freie Hilfsarbeit größeren Schaden anrichten kann, als der von ihnen wohlmeinend bezweckte und bewirkte Nutzen wert ist.

Für die Belebung des wirtschaftlichen Prozesses, die Schaffung von Arbeitsgelegenheit kommen schließlich in ganz besonderem Maße die öffentlichen Körperschaften in Betracht. Reich, Staat und Gemeinde können durch Durchführung bereits begonnener Arbeiten und durch Notstandsarbeiten, durch Inangriffnahme oder Fortführung von Hoch- und Tief-, Eisenbahn-, Straßen-, Chaussee-, Wasserbauten, Bauten für behördliche Zwecke, Meliorationsarbeiten durch Moorkultur, Forstkultur usw. außerordentlich viel zur Erhaltung und Förderung des Wirtschaftslebens beitragen. Namentlich wäre tunlichst auf die Versorgung auch des Mittelstandes mit Aufträgen (und rascher Bezahlung) Bedacht zu nehmen. Den Großbetrieben werden allerdings jene Heeresaufträge, welche rasche und umfangreiche Erledigung fordern, anheimfallen. Doch lassen sich auch da mancherlei Aufträge in kleinere Lose verteilen, an Innungen und Verbände überweisen. Abgesehen von solchen Bedürfnissen der Heeres- und Flottenverwaltung bleibt dann noch ein weites Feld von Arbeiten übrig, bei denen Gewerbetreibende und Arbeiter Beschäftigung finden können.

¹ Zur systematischen und einheitlichen Durchführung von Gegenmaßnahmen gegenüber den schädigenden Versuchen des gegen uns geführten Handelskrieges wurde eine besondere „kaufmännische Handelskriegskommission“ von sachverständiger Seite in Vorschlag gebracht.

Es gibt eine Anzahl von Handwerkszweigen (das Nahrungsmittelgewerbe allgemein, das Friseur- und Bekleidungsgewerbe teilweise), die zwar auch manche Störungen erleiden, aber durch die Kriegslage, wenigstens regelmäßig, nicht vor die Existenzfrage gestellt sind. Größeren Schwierigkeiten als die genannten Bedürfnisgewerbe sind die Verfertiger von Luxusartikeln ausgesetzt. Es mag für diese ein allerdings in der gegenwärtigen Notlage nicht immer siegreicher Trostgedanke sein, wenn man ihnen sagt, daß die ihren Umsatz bisher so sehr einschränkende Bevorzugung ausländischer Luxusartikel nach dem Kriege wohl verschwinden werde. Ein jetzt schon überwindbarer Notstand besteht aber für die vielen sog. Bauhandwerker, Schreiner, Schlosser, Anstreicher, Klempner usw. Gerade da kann durch Durchführung öffentlicher Bauten und durch eine mit Hilfe der Kommunen und des Staates, auch durch besondere Genossenschaften unter Beteiligung der Zentralgenossenschaftskasse versuchte Belebung auch der privaten Bautätigkeit nicht wenig geholfen werden. Überhaupt wird die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu den vornehmsten Sorgen der zivilen Verwaltung gehören müssen. Sombart spricht sogar von einer Milliarde, welche speziell das Reich zur Beschäftigung von Arbeitslosen, zur Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit aufwenden sollte. Es handle sich im gegenwärtigen Augenblick bei der Beschäftigung Arbeitsloser nicht so sehr um eine humanitäre Aufgabe, notleidenden Einzelpersonen und Familien Unterhalt zu gewähren, als vielmehr darum, durch die Erhaltung dieser Arbeitslosen kaufkräftige Nachfrage zu schaffen und dadurch den gesamten volkswirtschaftlichen Prozeß im Gange zu erhalten.

5. Allerdings gehört schließlich auch die Unterstützung notleidender Einzelpersonen und Familien zu den Problemen der Kriegszeit. Dem Reiche liegt gemäß Gesetz vom 28. Februar 1888 die Unterstützung der Familien der Einberufenen ob. Die vorgesehenen Unterstützungssätze waren so gering, daß der Reichstag durch ein Notgesetz die Erhöhung derselben ermöglicht hat. Nicht minder werden die Einzelstaaten ergänzende Fürsorge leisten müssen. Nachdem ferner die Landesversicherungsanstalt Berlin einen Fonds von 5 000 000 M zur Unterstützung arbeitsloser Versicherter bestimmt hatte, gestattete das Reichsversicherungsamt den übrigen Landesversicherungsanstalten bis zu 5 % ihres Vermögens Aufwendungen für den gleichen Zweck zu machen¹. Beschränkt sich die an

¹ § 1274 R.V.O. Auch die Arbeitslosigkeit führt zu gesundheitlichen Schädigungen, denen vorgebeugt werden kann.

sich allein unzulängliche¹ Reichshilfe im wesentlichen auf die Familien der Kriegsteilnehmer, so haben vornehmlich die Gemeinden, die nach deutschem Rechte Trägerinnen der Armenfürsorge und Wohlfahrtspflege sind, während der Kriegszeit in umfassenderem Maße Fürsorgeaufgaben zu übernehmen. Wir hoben schon hervor, daß es eine verfehlte Sparsamkeit wäre, wenn die gemeindlichen Behörden jetzt nicht alle unbedingt notwendigen Arbeiten, namentlich die Bautätigkeit, einstellen wollten. Außer dieser Aufgabe, der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, aber treten gegenwärtig speziell an die rein unterstützende Tätigkeit der Gemeinden außerordentliche und außergewöhnlich große Anforderungen heran. Nach reichsgesetzlicher Bestimmung müssen die Gemeinden ihren Beamten während des Krieges die Gehälter fortbezahlen. Dazu tritt aber dann eine besondere Fürsorge für die im Dienste der Stadt beschäftigten Angestellten und Arbeiter. Und auch andern Personen und Familien, die durch die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges in Not geraten sind, muß geholfen werden, den Familien der Kriegsteilnehmer, welche nicht im Gemeindedienst standen², der Arbeitslosen usw. Für den letzteren Zweck wurden vielfach unter dem Namen „Kriegsfürsorge“ besondere Einrichtungen getroffen, Unterstützungskommissionen, Arbeitslosenkassen geschaffen. Nebenbei bemerkt kann Frauen, die namentlich in der Bekleidungsindustrie beschäftigungslos geworden sind, oft nur die Gewährung barer Unterstützung helfen; bei Notstandsarbeiten wenigstens fällt für Frauenbeschäftigung regelmäßig nichts ab. Auch wird man der Frage näher treten müssen, ob nicht in gewissem Umfange öffentliche Mittel für zahlungsunfähige Mieter bereit zu stellen seien; das wäre jedenfalls besser, als daß später die Armenbehörde hier eingreifen muß usw.

Empfiehlt sich für die normalen oder allgemeineren Unterstützungsfälle frühzeitige Fürsorge seitens der Gemeinden, so bleibt doch für das Wirken

¹ Für eine Familie aus Frau und drei Kindern bestehend 27 Mark Reichsbeihilfe. Ganz richtig haben die christlichen Gewerkschaften in einer Eingabe an die Regierung betont, daß die Unterstützung der Familien der zum Heere Einberufenen im Grunde genommen ganz Sache des Reiches sei, und daß insbesondere die Mittel der Gemeinden besser andern Zwecken vorbehalten würden. Es müßte also eine ausreichende Erhöhung der Reichskriegsunterstützung durchgeführt werden, und zwar mit Anpassung an die besondern Verhältnisse der einzelnen Landesteile, etwa auf Grund der ortsüblichen Tagelöhne bzw. an Hand der Servisklasseneinteilung für die Reichsbeamten.

² Solche staatlichen und kommunalen Kriegsunterstützungen gelten nicht als Armengelder.

der beruflichen Organisationen und der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege ein weites Feld offen; auch wird, insbesondere für mehr individuelle Notlagen, die freie caritative Tätigkeit Großes leisten können. Um hier nur ein einzelnes Beispiel gemeinnütziger Hilfe hervorzuheben: Die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung hat nach dem Muster der Nassauer Kriegsversicherung von 1870 für das ganze deutsche Reichsgebiet eine „Kriegsversicherung“¹ hervorgerufen, die als reines Wohlfahrtsunternehmen geführt wird. Nach Beendigung des Krieges sollen die eingezahlten Beträge voll und unverkürzt, nach dem Verhältnis der darauf geleisteten Einzahlungen, verteilt werden. Würde die durchschnittliche Kriegsterblichkeit nicht größer sein, als sie während des Feldzuges 1870/71 war, dann wird die Deutsche Kriegsversicherung auf jeden Sterbefall den 25fachen Betrag der Einzahlung auszahlen können. Der Betrag ließe sich noch erhöhen, wenn die Gemeinden sich auch an den Einzahlungen beteiligen wollten.

Und nun die Frauen, die überall helfen wollen und helfen sollen, nicht nur mit Liebesgaben für die Truppen, die Verwundeten usw. Auch sie haben ihre „Probleme“, über die eine Berliner Dame sich in humorvoller Weise beklagt²:

„Seit dem Ausbruch des Krieges werden uns unablässig gute Ratschläge erteilt; aber es sind Ratschläge, von denen stets der eine dem andern widerspricht.

Wir sollen:

Einfach leben.

Dafür sorgen, daß Geld unter die Leute kommt.

Daheim jetzt selbst im Haushalt Hand anlegen.

Unsere Dienstboten nicht entlassen.

Uns schlicht und schmucllos kleiden.

Durch die völlige Einstellung unserer Käufe die Konfektionsgeschäfte nicht zum Stillstand bringen.

Die neue deutsche Mode unterstützen.

Unser Geld jetzt nicht für Putz und Tand vergeuden.

Vergeudet die Zeit nicht auf der Lauenzienstraße, am Kurfürstendamm und bei Fünfuhrtees. Macht euch nützlich und strickt Strümpfe für die Soldaten im Felde!

Laßt eure Liebesgaben von den armen Heimarbeiterinnen anfertigen, die jetzt brotlos sind und denen ihr damit einen kleinen Verdienst zukommen lassen könnt.

Halbet in dieser Zeit der Not und Teuerung eure Garderobe selbst imstand!

Beschäftigt eure Hauschneiderin, damit sie nicht Hunger leiden muß.

¹ Auch für andere Zwecke wurden „Kriegsschäden-Versicherungsanstalten“ gegründet, z. B. in Kiel gegen alle Schäden, die durch Beschießung, Brand, Sprengungen, Niederlegung von Baulichkeiten usw. entstehen können.

² Vgl. Berliner Zeit am Mittag Nr 237, 1. Oktober 1914.

Macht euch im Dienst der guten Sache nützlich. Das Vaterland bedarf jetzt aller verfügbaren Kräfte.

Laßt auch eure Töchter während des Krieges nützliche Arbeit leisten. Zum Klavierklimperm sind jetzt wahrlich die Zeiten zu ernst!

Dämmt eure Vergnügungssucht ein und rennt nicht fortwährend in Theater und Konzerte, während eure Männer, Brüder und Söhne nichts hören als den Donner der Geschütze.

Verzichtet auf häusliche Einladungen, Festlichkeiten und sonstige gesellschaftliche Veranstaltungen.

Betätigt euch bei den für Bedürftige gebildeter Stände eingerichteten billigen Mittagstischen.

Diese Beispiele dürften genügen. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte: die Frauen kommen sich bei der Fülle der ihnen erteilten und einander widersprechenden Ratschläge beinahe vor wie Buridans Esel zwischen den Heubündeln. Ich möchte deshalb zum Schlusse — an Männer und Frauen — allen Ernstes die Frage richten: „Wer lehrt uns die Kunst, es allen recht zu machen?“ — Das wird wohl niemand fertig bringen. Eines jedoch dürfen wir wünschen, daß die Frauen in ihrem praktischen Verhalten den asinus Buridani nicht nachahmen möchten. Ihr hochherziger Opferfönn und ihr mutiges Zufassen bei aller Arbeit ist viel zu wertvoll für Volk und Vaterland.

Mit den aus den Tatsachen und Erfahrungen der Kriegszeit sich ergebenden Lehren, soweit diese schon jetzt übersehen und aufgestellt werden können, soll sich ein III. Teil im nächsten Heft befassen.

Heinrich Pesch S. J.

Nehmt den Tausenden stellenloser Damen durch eure schädliche Gratisarbeit nicht noch die letzten kargen Verdienstmöglichkeiten.

Laßt eure Kinder die Musikstunden weiter nehmen. Privatlehrer und -lehrerinnen sind sonst dem größten Elend preisgegeben.

Besucht die Wohltätigkeitsveranstaltungen; es gilt einem guten Zweck! Und bedenkt, daß die Künstler brotlos werden, wenn die Theater ihren Betrieb nicht aufrechterhalten können.

Spart nicht am unrechten Ort und schränkt euch nicht über Gebühr ein. Wer es vermag, soll leben wie in Friedenszeiten, damit Handel und Wandel nicht stocken, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter Beschäftigung und Verdienst haben.

Überlaßt diese Arbeit lieber den stellunglosen Dienstboten, die sich damit wenigstens etwas verdienen können. Eure Anwesenheit bedrückt nur die Gäste und hält sie aus Schamgefühl fern.